



GEMEINDE BERIKON

# **Abwasserreglement**

<b>1. Gesetzliche Grundlagen.....</b>	<b>3</b>
<b>2. Allgemeine Bestimmungen.....</b>	<b>3</b>
<b>3. Anschlusspflicht und Anschlussrecht.....</b>	<b>7</b>
<b>4. Bewilligungsverfahren .....</b>	<b>8</b>
<b>5. Technische Ausführungsvorschriften .....</b>	<b>10</b>
<b>6. Abgaben / Förderbeiträge .....</b>	<b>12</b>
<b>7. Rechtsschutz und Vollzug .....</b>	<b>12</b>
<b>8. Schluss- und Uebergangsbestimmungen .....</b>	<b>12</b>

# Abwasserreglement der Gemeinde Berikon

## Vorbemerkung

Die in diesem Reglement verwendeten Personenbezeichnungen beziehen sich auf beide Geschlechter.

## 1. Gesetzliche Grundlagen

- Bundesgesetz über den Schutz der Gewässer (GSchG)
- Gewässerschutzverordnung (GSchV)
- Gesetz über Raumplanung, Umweltschutz und Bauwesen (Baugesetz, BauG)
- Allgemeine Verordnung zum Baugesetz (ABauG)
- Einführungsgesetz zum eidgenössischen Gewässerschutzgesetz (EG GSchG)
- Verordnung zum Einführungsgesetz zum eidgenössischen Gewässerschutzgesetz (V EG GSchG)
- Gemeindeordnung (GO)
- Gemeindegesetz (GG) vom 19. Dezember 1978
- Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG)

## 2. Allgemeine Bestimmungen

### § 1

Geltungsbereich

Das Abwasserreglement findet Anwendung auf alle im Gemeindegebiet anfallenden Abwässer und auf alle für die Sammlung, Ableitung und Behandlung notwendigen Anlagen.

### § 2

Zweck

Das Abwasserreglement regelt die Durchführung von Massnahmen zum Schutze der Gewässer im Rahmen der eidgenössischen und kantonalen Gesetzgebung. Die Verlegung der Kosten auf die Grundeigentümer und andere Abgaben sind im separaten Reglement über die Finanzierung von Erschliessungsanlagen geregelt.

### § 3

Rechtsform, Aufsicht

Die Abwasserbeseitigung ist eine unselbständige, öffentliche und selbsttragende Anstalt der Gemeinde (Eigenwirtschaftsbetrieb) und steht unter der unmittelbaren Aufsicht des Gemeinderates. Die Rechnungsführung obliegt der Abteilung Finanzen.

	§ 4	
Übergeordnetes Recht		Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des übergeordneten Rechts.
	§ 5	
Abwasseranlagen; Definition Begriffe		<sup>1</sup> Abwasseranlagen im Sinne des Reglements, umfassen alle technisch erforderlichen Einrichtungen zur Sammlung, Ableitung, Versickerung und Behandlung des Abwassers.  <sup>2</sup> Die Begriffe sind im Kapitel 5. (technische Ausführungsvorschriften) definiert.
	§ 6	
Aufgaben der Gemeinde		<sup>1</sup> Die Gemeinde plant, organisiert und überwacht die Abwasserbeseitigung und -reinigung auf dem ganzen Gemeindegebiet.  <sup>2</sup> Sie erstellt und unterhält die öffentlichen Abwasseranlagen.  <sup>3</sup> Sie sorgt für die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften, sofern die Zuständigkeit dazu nicht bei einer anderen Behörde liegt.
	§ 7	
Projekt- und Kreditbewilligung		Die Gemeindeversammlung bewilligt die Projektierungs- und Baukredite für den Bau, die Instandsetzung, Sanierung, Erweiterung und Erneuerung der öffentlichen Abwasseranlagen.
	§ 8	
Gemeinderat		Der Gemeinderat ist insbesondere zuständig für:  a) die kommunale Abwasserplanung (§ 6 EG GSchG);  b) die Erstellung der erforderlichen öffentlichen Abwasseranlagen nach GEP, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel;  c) die Erteilung von Bewilligungen für den Bau von Vorbehandlungsanlagen nach Zustimmung des Baudepartementes und zur Benützung der öffentlichen Kanalisationen mit Ableitung der Abwässer auf eine zentrale Abwasserreinigungsanlage;  d) die Erteilung von Bewilligungen für die Versickerung von Niederschlags- und Fremdwasser;  e) die Beseitigung vorschriftswidriger Zustände.
	§ 9	
Gewässerschutzstelle § 2 V EG GSchG		<sup>1</sup> Der Gemeinderat bestimmt die Abteilung Planung und Bau als kommunale Gewässerschutzstelle, welcher insbesondere folgende Aufgaben übertragen sind:  a) Kontrolle der Einhaltung von Einzelverfügungen, wobei nötigenfalls die Vollstreckung zu veranlassen ist;  b) Abnahme der Hausanschlüsse, der hausinternen

Abwasseranlagen sowie der Versickerungsanlagen;

- c) periodische Kontrolle der öffentlichen Kanalisationen inkl. Spezialbauwerke;
- d) Mithilfe bei Abklärungen von Gewässerverschmutzungen, Fischvergiftungen und anderen Tatbeständen der Missachtung von Gewässerschutzvorschriften;
- e) Kontrolle der Abwasservorbehandlungsanlagen von Industrie und Gewerbe sowie Aufsicht über die Lagerung wassergefährdender Flüssigkeiten nach den Weisungen und nötigenfalls unter Mitarbeit der Abteilung für Umwelt;
- f) Führung des Abwasserkatasters gemäss § 16 EG GSchG.

<sup>2</sup>Der Gemeinderat regelt im Einzelnen die Aufgaben. Er kann der Gewässerschutzstelle weitere Aufgaben und Befugnisse übertragen und entscheidet über den Beizug von Fachleuten.  
in einem Pflichtenheft (gestrichen)

## § 10

Kanalisationsplanung  
§ 6 EGGSchG

<sup>1</sup>Grundlage für den Ausbau des Kanalisationsnetzes ist der auf die Ortsplanung ausgerichtete Generelle Entwässerungsplan (GEP).

Genehmigung  
§ 20 EGGSchG

<sup>2</sup>Die öffentlichen Abwasseranlagen sind im Einvernehmen mit der kantonalen Fachstelle zu planen, zu erstellen und periodisch zu kontrollieren. Private Abwasseranlagen in Grundwasserschutzzonen sind gleich zu behandeln. Die Projekte sind durch die kantonale Fachstelle zu genehmigen.

## § 11

Öffentliche Abwasseranlagen

<sup>1</sup>Innerhalb der Bauzone werden alle öffentlichen Abwasseranlagen bis zum Hausanschluss von der Gemeinde als öffentliche Kanalisation erstellt und unterhalten.

§ 4 EGGSchG

<sup>2</sup>Verträge über gemeinsame Abwasseranlagen mehrerer Gemeinden und Statuten (Satzungen) von Zweckverbänden sind der Abteilung für Umwelt zur Vorprüfung einzureichen. Sie treten mit der Genehmigung durch die Gemeindeabteilung des Departement des Innern in Kraft.

<sup>3</sup>Das Überbauen von öffentlichen Kanalisationen mit Gebäuden oder Gebäudeteilen ist nicht zulässig. Ausnahmen sind nur im Einvernehmen mit der Kantonalen Fachstelle gestattet.

## § 12

Private Abwasseranlagen

<sup>1</sup>Die Abwasseranlagen im Gebäude und die Leitungen zur öffentlichen Kanalisation (Hausanschluss) sind vom Grundeigentümer zu erstellen, zu unterhalten und zu erneuern; sie verbleiben in seinem Eigentum.

<sup>2</sup>Hausanschlüsse, die im öffentlichen Grund, insbesondere in Strassen liegen, kann der Gemeinderat auf Kosten des Grundeigentümers erstellen lassen.

<sup>3</sup>Werden mehrere Hausanschlüsse vor der Einleitung in die öffentliche Kanalisation zusammengefasst, entscheidet der Gemeinderat, ob die gemeinsame Leitung als Hausanschluss im Privateigentum verbleibt

oder ob sie in das Eigentum der Gemeinde übergeht.

<sup>4</sup>Muss auf Verlangen des Gemeinderates eine private Leitung im öffentlichen Interesse grösser dimensioniert werden als die zu entwässernden Grundstücke es erfordern würden, übernimmt die Gemeinde die Kosten für die Mehrgrösse. Diese Leitungen sind mit der Abnahme in das Eigentum der Gemeinde zu überführen.

Art. 11 GSchV

<sup>5</sup>Bei neuen Gebäuden muss das Niederschlagswasser und das stetig anfallende nicht verschmutzte Abwasser bis ausserhalb des Gebäudes getrennt vom verschmutzten Abwasser abgeleitet werden.

<sup>6</sup>Falls in ausserordentlichen Verhältnissen private Abwasseranlagen gemeinsam genutzt werden, ist der Bau, Betrieb, Unterhalt und die Erneuerung mittels eines Dienstbarkeitsvertrages zu regeln und im Grundbuch eintragen zu lassen.

<sup>7</sup>Hausanschlüsse haben die gleichen Anforderungen zu erfüllen, wie sie an öffentlichen Leitungen gestellt werden.

<sup>8</sup>Die Versickerungsanlagen sind vom Grundeigentümer zu erstellen, zu unterhalten und zu erneuern; sie verbleiben in seinem Eigentum.

Regenwassernutzung

<sup>9</sup>Die Gemeinde fördert die Erstellung von Regenwassernutzungsanlagen. Die Anlagen sind vom Bauherrn zu erstellen, zu unterhalten und zu erneuern; sie verbleiben in seinem Eigentum.

Haftung

<sup>10</sup>Der Bauherr/Grundeigentümer trägt die Verantwortung für die Regenwassernutzungsanlage. Die Gemeinde lehnt jede Haftung ab.

Definition

<sup>11</sup>Regenwassernutzungsanlagen bestehen unter anderem aus einem Regenwassertank, einer Förderpumpe mit automatischer Steuerung, einem Durchflussmesser in der Förderleitung und versorgen mindestens alle Toiletten mit Spülwasser.

Regenwassermessung

<sup>12</sup>Die Durchflussmessung muss den Anforderungen der Gemeinde genügen. Der Gemeinderat kann eine Überprüfung der Messeinrichtung jederzeit verlangen.

## § 13

Abwassersanierung  
ausserhalb Bauzonen  
§ 9 EGGSchG

<sup>1</sup>Im GEP wird die Abwassersanierung der Liegenschaften ausserhalb der Bauzonen festgelegt.

<sup>2</sup>Der Gemeinderat lässt die Sanierungsleitungen bauen, sobald die Finanzierung sichergestellt ist und die Genehmigung der kantonalen Fachstelle vorliegt. Zudem setzt er die Erschliessungsbeiträge fest.

## § 14

Abwasserkataster

Die Eigentümer von Bauten und Anlagen, von denen Abwässer anfallen, haben alle für die Führung des Abwasserkatasters erforderlichen Angaben zur Verfügung zu stellen.

### 3. Anschlusspflicht und Anschlussrecht

#### § 15

Anschlusspflicht

<sup>1</sup>Im Bereich der öffentlichen Kanalisation sind alle verschmutzten Abwässer anzuschliessen.

<sup>2</sup>Können Anlagen aus zwingenden Gründen nicht an die Kanalisation angeschlossen werden, so verfügt der Gemeinderat mit Zustimmung der kantonalen Fachstelle eine andere Abwasserbeseitigung.

#### § 16

Anschlussrecht

<sup>1</sup>Die Gemeinde ist verpflichtet, die verschmutzten Abwässer abzunehmen und der zentralen Reinigung zuzuführen, soweit die Anlagen dazu ausreichen.

<sup>2</sup>Das Abwasser aus den Regenwassernutzungsanlagen muss in die Kanalisation eingeleitet werden.

<sup>3</sup>Stetig fliessendes sauberes Wasser (Fremdwasser, siehe § 25) darf nicht an die Kanalisation angeschlossen werden.

<sup>4</sup>Der Gemeinderat verlangt, dass wenig verschmutztes Niederschlagswasser versickert oder in ein Gewässer eingeleitet wird. Er holt die erforderliche kantonale Zustimmung ein.

§ 6 V EGGSchG

<sup>5</sup>Wer Abwasser einleiten will, das den Anforderungen an die Einleitung in die Kanalisation nicht entspricht, muss es vorbehandeln.

#### § 17

Bestehende Abwasseranlagen

<sup>1</sup>Private Abwasseranlagen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Reglements bereits an die öffentliche Kanalisation angeschlossen sind, aber den geltenden Vorschriften nicht entsprechen, können auf Zusehen hin im bisherigen Zustand belassen werden, solange sie zu keinen Missständen führen.

<sup>2</sup>Bei Erweiterung und Umbau angeschlossener Gebäude sind vorschriftswidrige Anlagen zu sanieren. Die im GEP vorgesehene Sauberwasserabtrennung ist zu realisieren, soweit es die Verhältnisse erlauben.

<sup>3</sup>Bei der Erneuerung öffentlicher Abwasseranlagen kann der Gemeinderat die Sanierung des Hausanschlusses verlangen.

#### § 18

Anschlussfrist

Bestehende Gebäude sind spätestens innert einem Jahr nach Fertigstellung der öffentlichen Kanalisation anzuschliessen. Der Gemeinderat legt die Anschlussfrist mittels Verfügung fest.

## 4. Bewilligungsverfahren

### § 19

Gesuch für private  
Abwasseranlagen

<sup>1</sup>Für die Erstellung und für jede Änderung einer privaten Abwasseranlage, insbesondere für den Anschluss an die Kanalisation und für die Versickerungs- und Regenwassernutzungsanlagen ist vor Beginn der Bauarbeiten dem Gemeinderat schriftlich, nach den Weisungen der Bau- und Nutzungsordnung, ein Gesuch einzureichen.

<sup>2</sup>Nutzungs- oder Zweckänderungen, bei denen die Menge und/oder die Art des Abwassers wesentlich verändert werden, sind ebenfalls bewilligungspflichtig.

<sup>3</sup>Bei Gesuchen, die einer Kontrolle, Bewilligung oder Zustimmung der kantonalen Fachstelle bedürfen, ist das kantonale Gesuchsformular zu verwenden. Der Gemeinderat koordiniert soweit erforderlich das Gesuchsverfahren.

<sup>4</sup>Das Baugesuch für die Abwasseranlage ist ein Bestandteil des allgemeinen Baugesuches. Das Bewilligungsverfahren ist gesamthaft durchzuführen.

### § 20

Gesuchsunterlagen

<sup>1</sup>Das Gesuch umfasst folgende Unterlagen.

#### a) Planunterlagen

- Ausschnitt aus der Landeskarte 1:25'000 und dem kommunalen Sanierungsplan mit eingezeichnetem Standort (bei Gesuchen ausserhalb Baugebiet)
- Ausschnitt aus dem Generellen Entwässerungsplan und dem Zonenplan (bei Gesuchen innerhalb Baugebiet)
- Situationsplan 1:500 oder 1:1000 mit folgenden Angaben:
  - Bauherr, Wohnort, Datum, Nordrichtung, Massstab usw.
  - Gewässerschutzbereiche A, B, C
  - Schutzzonen von Quell- und Grundwasserfassungen
- Kanalisationsplan (Grundriss 1:50 bis max. 1:200) und Längenprofil von der Fall-Leitung bis zur öffentlichen Kanalisation mit folgenden Angaben:
  - Leitungsführung (Durchmesser, Material, Gefälle usw.)
  - Anfallstellen, Abwasserart und Menge
  - Kontrollschächte, Bodenabläufe und Schlammsammler
  - Pumpen, Rückstausicherungen und Entlüftungen
  - Drainageleitungen, Bäche und Bachleitungen
  - Kläreinrichtungen oder Jauchegruben (Abmessungen, Inhalt)
  - Entwässerung Zufahrt, Vorplätze, Dach usw.
- Für Regenwassernutzungs-, Versickerungs- und Retentionsanlagen sind Detailpläne, mit Angaben über die Art und die Mengen des Wassers erforderlich. Bei Versickerungsanlagen sind zudem Angaben über die hydrogeologischen Verhältnisse notwendig.

#### b) Zusätzliche Angaben bei Industrie- und Gewerbebetrieben

- Fallen in einem Industrie- oder Gewerbebetrieb Abwässer aus

Produktion oder Reinigung an, so hat der Gesuchsteller vor der Einleitung in die Kanalisation im Rahmen des Baugesuchsverfahrens den Nachweis zu erbringen, dass er die Vorschriften über Abwassereinleitungen einhalten kann. Dieser Nachweis kann mit dem Hinweis auf belegte Erfahrungswerte im eigenen Betrieb, auf erprobte Modellfälle oder mittels Fachgutachten erfolgen.

- Sind zur Einhaltung der Einleitungsbedingungen betriebseigene Anlagen zur Abwasservorbehandlung erforderlich, so ist dafür eine Baubewilligung des Gemeinderates mit Zustimmung des Baudepartementes notwendig.

<sup>2</sup>Unvollständige Gesuche und nicht fachgerechte Pläne werden zur Verbesserung zurückgewiesen.

## § 21

Prüfungskosten

Ausser der Bewilligungsgebühr gemäss Bauordnung können dem Gesuchsteller auch Kosten für besonderen Prüfungsaufwand überbunden werden.

## § 22

Geltungsdauer

<sup>1</sup>Die Geltungsdauer der Baubewilligung richtet sich nach § 65 BauG.

Baubeginn

<sup>2</sup>Der Beginn ist der kommunalen Gewässerschutzstelle zu melden.

## § 23

Projektänderung

<sup>1</sup>Die bewilligten Anlagen sind gemäss den genehmigten Plänen auszuführen.

<sup>2</sup>Für Projektänderungen gilt § 32 ABauV

## § 24

Abnahme

<sup>1</sup>Die Vollendung der Anlagen ist der kommunalen Gewässerschutzstelle vor dem Eindecken zu melden. Diese lässt die Anlagen prüfen und verfügt die Abänderung vorschriftswidriger Ausführungen.

<sup>2</sup>Die Ausführungsqualität der Anlage ist mittels Kanalfernsehaufnahme und Dichtheitsprüfung durch vom Bauherrn beauftragte Spezialisten zu kontrollieren. Die Unterlagen sind zusammen mit dem von allen Parteien unterzeichneten Abnahmeprotokoll und den Ausführungsplänen innert Monatsfrist dem Gemeinderat einzureichen.

Inbetriebnahme

<sup>3</sup>Die Anlagen dürfen erst nach der Abnahme in Betrieb genommen werden.

Ausführungspläne

<sup>4</sup>Für den Abwasserkataster sind nach Abschluss der Bauarbeiten innert Monatsfrist Ausführungspläne im Doppel einzureichen.

## 5. Technische Ausführungsvorschriften

### § 25

Technische  
Ausführungsvorschriften

Für die technischen Ausführungsvorschriften sind folgende Richtlinien und Normen massgebend:

- Der Ordner "Siedlungsentwässerung" des kantonalen Baudepartements, Abteilung für Umwelt (AfU)
- Schweizer Norm: Planung und Erstellung von Anlagen für die Liegenschaftsentwässerung
- Schweizer Norm / SIA Norm Kanalisationen
- VSA Richtlinie: Unterhalt von Kanalisationen

### § 26

Abwasser

Als Abwasser gilt: Das durch häuslichen, industriellen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch veränderte Wasser, ferner das in der Kanalisation stetig damit abfliessende Wasser sowie das von bebauten oder befestigten Flächen abfliessende, unter Umständen auch genutzte Niederschlagswasser.

### § 27

Nichtverschmutztes Abwasser

<sup>1</sup>Nichtverschmutztes Abwasser ist von der Kanalisation fernzuhalten und wie folgt zu beseitigen:

- 1. Priorität: Regenwassernutzung und Versickerung
- 2. Priorität: Einleitung in ein Gewässer, allenfalls mit Retention
- 3. Priorität: Einleitung in die Kanalisation

Die Einleitung in die Kanalisation ist nur zulässig, sofern der Nachweis vorliegt, dass es weder versickert noch in einem oberirdischen Gewässer zugeleitet werden kann.

#### a) Fremdwasser

Drainage- und Sickerwasser; Überlaufwasser von Quellen, Reservoirs, Brunnen; Grundwasser; Wasser aus Kühlanlagen, Klimaanlage, Wärmepumpen; evtl. Bachwasser ist zu versickern oder in ein oberirdisches Gewässer einzuleiten;

#### b) Dachwasser

ist, wenn möglich zu nutzen oder wo hydrogeologisch möglich und vom Grundwasserschutz her zulässig, zu versickern oder in ein oberirdisches Gewässer einzuleiten.

#### c) Versickerungen

Die Versickerung richtet sich nach dem Generellen Entwässerungsplan GEP und dem Ordner Siedlungsentwässerung der Abteilung für Umwelt, Kapitel 14.

<sup>2</sup>Strassen- und Platzwasser ist im Baugebiet grundsätzlich an die Mischwasserkanalisation anzuschliessen. Sofern es die Verhältnisse erlauben, ist das Strassen- und Platzwasser flächenförmig über die belebte Bodenschicht zu versickern.

a) Strassen

können, unter Berücksichtigung der nachbarschaftlichen Rechte, über die Schulter entwässert werden;

b) Plätze

Hausvorplätze und Personenwagen-Parkplätze sind nach Möglichkeit gemäss der Schriftenreihe Nr. 50 "Bau durchlässiger und bewachsener Plätze", herausgegeben vom Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), zu gestalten.

§ 28

Einzelreinigung häuslicher Abwässer

Solange die Abwässer nicht einer zentralen Abwasserreinigungsanlage zugeleitet werden können, sind vor jeder Ableitung von verunreinigtem Abwasser als Übergangslösung Einzelreinigungsanlagen einzubauen.

§ 29

Einleitungsbewilligung

<sup>1</sup>Für die Benützung der öffentlichen Gewässer zur Einleitung von vorbehandeltem Abwasser und Sauberwasser bedarf es einer Bewilligung des Kantons. (Gesetzgebung über die Nutzung der öffentlichen Gewässer, Gewässerschutzgesetz).

<sup>2</sup>Die Nutzung zur Einleitung von vorbehandeltem Abwasser ist gebührenpflichtig gemäss Gebührendekret des Grossen Rates zum Gesetz über die Nutzung der öffentlichen Gewässer.

§ 30

Landwirtschaftsbetriebe

<sup>1</sup>Im Bereich von Kanalisationen sind die häuslichen Abwässer aus landwirtschaftlichen Betrieben anzuschliessen; die übrigen Abwässer sind landwirtschaftlich zu verwerten.

<sup>2</sup>Der Gemeinderat kann nach Massgabe des Bundesgesetzes über den Schutz der Gewässer (GSchG) mit Zustimmung der kantonalen Fachstelle Ausnahmen bewilligen.

§ 31

Haftung

<sup>1</sup>Die Prüfung und die Kontrolle der Anlagen durch die Kontrollorgane entbinden weder den Unternehmer noch den Bauleiter oder Bauherrn bzw. Grundeigentümer von der eigenen Verantwortung.

<sup>2</sup>Die Haftung der Gemeinde aus der Mitwirkung ihrer Organe im Bewilligungsverfahren und bei der Kontrolle richtet sich nach der kantonalen Verantwortlichkeitsgesetzgebung.

<sup>3</sup>Wer durch seinen Betrieb, seine Anlagen oder seine Handlungen oder Unterlassungen ein Gewässer verunreinigt, haftet für den dadurch entstandenen Schaden gemäss eidgenössischer Gewässerschutzgesetzgebung. Darüber hinaus haftet er als Grund- und Werkeigentümer gemäss Art. 679 ZGB und Art. 58 OR.

## 6. Abgaben / Förderbeiträge

### § 32

Finanzierung von Erschliessungsanlagen

<sup>1</sup>Alle festgelegten Abgabentarife können dem separaten Reglement über die Finanzierung von Erschliessungsanlagen entnommen werden.

Förderung von Regenwassernutzungsanlagen

<sup>2</sup>Die Förderbeiträge können dem separaten Reglement über die Finanzierung von Erschliessungsanlagen entnommen werden.

## 7. Rechtsschutz und Vollzug

### § 33

Rechtsschutz, Vollstreckung

<sup>1</sup>Gegen Beitragspläne kann während der Auflagefrist, gegen andere Abgabenverfügungen in Anwendung §§ 30 ff. innert 20 Tagen seit Zustellung, beim Gemeinderat Einsprache erhoben werden (§ 35 Abs. 2 BauG).

<sup>2</sup>Gegen andere Verfügungen und Entscheide des Gemeinderates kann innert 20 Tagen seit Zustellung beim Departement Bau, Verkehr und Umwelt oder, wenn die gemeinderätliche Verfügung auf einer verbindlichen Weisung des Departementes Bau, Verkehr und Umwelt beruht, beim Regierungsrat Beschwerde geführt werden.

<sup>3</sup>Die Vollstreckung richtet sich nach den §§ 73 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes (VRPG) vom 9. Juli 1968.

### § 34

Strafbestimmungen

<sup>1</sup>Die Strafverfolgung wegen Vergehen gemäss Art. 70 - 73 GSchG ist Sache der ordentlichen Strafverfolgungsbehörden. Der Gemeinderat erstattet Anzeige beim Bezirksamt.

<sup>2</sup>Bei Übertretungen gemäss Art. 71 GSchG erlässt der Gemeinderat im Rahmen seiner Bussenkompetenz einen Strafbefehl im Verfahren gemäss § 112 des Gemeindegesetzes. In schweren oder Wiederholungsfällen erstattet er Anzeige beim Bezirksamt.

<sup>3</sup>Die Anwendung von Art. 71 GSchG auf die Übertretung einer Verfügung setzt voraus, dass in der Verfügung auf die Strafandrohung dieses Artikels ausdrücklich hingewiesen wird.

## 8. Schluss- und Uebergangsbestimmungen

### § 35

Beschluss

<sup>1</sup>Das Abwasserreglement wird durch den Gemeinderat beschlossen. Der Gemeinderat kann dieses Reglement laufend den veränderten Verhältnissen anpassen.

Inkrafttreten

<sup>2</sup>Das Reglement tritt mit der Rechtskraft des Gemeindeversammlungsbeschlusses über die Finanzierung von Erschliessungsanlagen in Kraft.

<sup>3</sup>Auf diesen Zeitpunkt ist das Abwasserreglement vom 19. Juni 1970 mit den jeweiligen Gebührentarifen aufgehoben.

Übergangsbestimmungen

§ 36

<sup>1</sup>Die Gebühren und Beiträge, deren Zahlungspflicht unter dem früheren Reglement eingetreten ist, werden durch das neue Reglement nicht berührt.

<sup>2</sup>Die im Zeitpunkt des Inkrafttretens hängigen Gesuche werden nach den Vorschriften des bisherigen Rechtes beurteilt.

\*\*\*\*\*

Vom Gemeinderat beschlossen am 13.10.2008

GEMEINDERAT Berikon  
sig. Peter Oggenfuss, Gemeindeammann

sig. Michelle Meier, Gemeindeschreiberin